

Studiengang in Duisburg-Essen ausgezeichnet

Der berufsbegleitende Masterstudiengang „Pharmaceutical Medicine“ der Universität Duisburg-Essen ist kürzlich als „Centre of Excellence“ von der Innovative Medicines Initiative (IMI) ausgezeichnet worden. Die IMI ist ein Gemeinschaftsprojekt der Europäischen Union und der European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations, einem Zusammenschluss von 35 Pharmaunternehmen und 31 nationalen Vereinigungen. Das englischsprachige Studium richtet sich an Mediziner, Pharmazeuten und Naturwissenschaftler. Er vermittelt umfassende Kenntnisse in der Forschung, Entwicklung, Nutzen-/Risiko-Bewertung, Zulassung, Vermarktung und kontinuierlichen Überwachung von Arzneimitteln und Medizinprodukten. Die Fortbildung qualifiziert für anspruchsvolle Tätigkeiten in der pharmazeutischen Industrie, in Forschungsinstituten, bei Zulassungsbehörden, Clinical Research Organisationen und Institutionen des Gesundheitswesens. Weitere Informationen zum Studiengang: www.pme-institute.com

bre

Psychoanalytiker-Werkstatt

Die Psychoanalytische Arbeitsgemeinschaft Köln-Düsseldorf e.V. bietet Medizin- und Psychologiestudenten am Dienstag, 8. Mai 2012 ab 19.30 Uhr eine kostenfreie Fortbildung an zum Thema „Bericht aus der Werkstatt eines Psychoanalytikers“. Der Referent ist Dr. Dipl.-Psych. Manfred Schmidt. Der Vortrag findet statt in den Seminarräumen der Arbeitsgemeinschaft, Riehler Straße 23, 50668 Köln. Weitere Informationen unter: www.psa-kd.de

bre

Breiter Widerstand gegen geplantes Pflichttertial Allgemeinmedizin

Mehr als 70 Prozent der Medizinstudierenden lehnen ein Pflichttertial Allgemeinmedizin im Praktischen Jahr (PJ) ab. Das ergab eine kürzlich veröffentlichte Umfrage des Hartmannbundes unter rund 4.500 Medizinstudentinnen und -studenten. „Dieses Ergebnis zeigt ganz klar, dass die Bundesländer einen großen Fehler machen, wenn sie an dem geplanten PJ-Pflichttertial Allgemeinmedizin festhalten. Damit würde wie so häufig gegen den Willen der Betroffenen entschieden, was unbedingt verhindert werden muss“, sagte Kristian Otte, Vorsitzender des Ausschusses der Medizinstudierenden im Hartmannbund. Auf einem Treffen des Hartmannbund-Ausschusses haben sich die Mitglieder ausdrücklich gegen die entsprechende Änderung der Approbationsordnung ausgesprochen. Diese soll am 11. Mai vom Bundesrat verabschiedet werden. „Wir appellieren noch einmal eindringlich an die Bundesländer, die PJ-Regelungen nicht am grünen Tisch zu entscheiden, sondern an die Wünsche der Medizinstudie-



Mit Postkarten haben über 1.800 Medizinstudentinnen und -studenten ihren Landesgesundheitsministerien ihre Meinung zur Novellierung der Approbationsordnung gesagt. *Quelle: bvmd*

renden und die Lebenswirklichkeit anzupassen“, sagte Otte.

Zahlreiche Berufsverbände und Organisationen haben sich gegen das Vorhaben der Bundesländer ausgesprochen. Die Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände spricht von einem „Frontalangriff auf die Qualität der Facharztwei-

terbildung“ und von einer „Überforderung der hausärztlichen Praxisstrukturen“. Ebenfalls wären damit andere Fachrichtungen benachteiligt und zugleich die Wahlfreiheit der angehenden Ärztinnen und Ärzte eingeschränkt. Nach Ansicht der Deutschen Röntgen-gesellschaft lotst das Vorhaben „Medizinstudierende an wichtigen Entwicklungsbereichen vorbei und gefährdet damit die Zukunftsfähigkeit der Medizin insgesamt“. Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd) hat zusammen mit 18 medizinischen Fachgesellschaften und Verbänden, darunter auch der Marburger Bund und der Verband der Universitätsklinika Deutschlands, ein Positionspapier veröffentlicht, das die Argumente gegen das Pflichttertial zusammenfasst.

Parallel dazu initiierte die bvmd eine Postkartenaktion, mit der Medizinstudierende ihre Meinung zu verschiedenen Aspekten der Novelle der Approbationsordnung an das jeweilige Landesgesundheitsministerium schicken konnten. Nach Angaben der bvmd wurden über 1.800 Postkarten verschickt.

Weitere Informationen unter www.approbationsordnung.de bre

DEGAM schlägt Pflichtquartal Allgemeinmedizin vor

Die Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin (DEGAM) hat zusammen mit der Gesellschaft der Hochschullehrer für Allgemeinmedizin (GHA) in der aktuellen Diskussion über ein Pflichttertial Allgemeinmedizin während des Praktischen Jahres (PJ) die Etablierung eines Pflichtquartals Allgemeinmedizin vorgeschlagen. Die Verbände regen an, das PJ in vier Quartale mit jeweils drei Monaten aufzuteilen, statt wie bisher drei Tertiale zu vier Monaten. Dabei sollte verpflichtend zu den bisherigen Fächern Innere Medizin und Chirurgie die Allgemeinmedizin treten und das vierte Quartal als Wahlquartal vorgesehen wer-

den. „Wir teilen die Bedenken der Studierenden gegen eine ersatzlose Aufhebung der Wahlmöglichkeiten im Praktischen Jahr und unterstützen insofern ausdrücklich die diesbezügliche Position des bvmd“, schrieben die Vorstände der beiden Verbände in einem Positionspapier. Die vorgeschlagene Aufteilung in vier Quartale stelle einen Kompromiss dar, der den Forderungen (Stärkung der Allgemeinmedizin) beziehungsweise Bedenken (ersatzloser Wegfall aller Wahlmöglichkeiten) aller Seiten Rechnung trage.

Die Bereitstellung von bundesweit jährlich rund 10.000 PJ-Plätzen in allgemeinmedizinischen

Praxen halten DEGAM und GHA für realistisch. Bis die Strukturen aufgebaut sind, die Qualifizierung der Praxen erfolgt ist und das Pflichtquartal eingeführt werden kann, rechnen die beiden Verbände mit einer Übergangsfrist bis Oktober 2018. Eine schrittweise Ausweitung des Angebots eines Wahltertials in allgemeinmedizinischen Lehrpraxen bis Oktober 2014 könnte für 30 Prozent und bis Oktober 2016 für 60 Prozent der Studierenden realisiert werden, schätzen die Verbände. Zwei Jahre später könnte das System dann auf den vorgeschlagenen Quartalsrhythmus umgestellt werden. bre